

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

241 (15.10.1924) Badischer Zentralanzeiger für Beamte Nr. 42

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger
Organ verschiedener Beamten-Bereinigungen.

Nr. 42

Bezug: Erscheint jeden Mittwoch und kann einzeln für 10 Goldpfennig für jede Ausgabe, monatlich für 60 Goldpfennig zuzüglich Porto, vom Verlage Karlsruhe i. V.,
Karlriedrichstraße 14, bezogen werden.

15. Oktober 1924

Das Berufsethos des Beamten

Auf der Berliner Beamtentagung besaßen sich mehrere Vorträge mit dem Verhältnis des Beamten zum Staat. Universitätsprofessor Dr. Schreiber (Münster) sprach über das Thema „Das Berufsbeamtenum im deutschen Volksstaat.“ Die Beamtentagung ist zu einer Massenbewegung geworden. Gemaltene Energien und Fesseln sind zusammengebrochen. Aber noch ist die Gotisierung, die Vergeistigung des Massenbewusstseins nicht befriedigend vollzogen. Eine in ihrer Zielsetzung tief begründete und weitläufige Berufsethik muß diesen Fesseln und Fesseln die innere Bindung und die Klammer geben. Die Schöpfung und das Erlebnis einer Berufsethik wird dadurch erleichtert, daß die Beamtenschaft in einer engen und wahlverwandten Beziehung zum großen und sittlichen Kulturbegriff des Staates steht. Die Beamtenschaft darf sich nicht isolieren. Vom Staatsgedanken empfängt diese Beamtenschaft ihren tiefsten Sinn, zugleich ihre Verknüpfung mit dem Volkswesen und mit dem Volkstum. Beamtentum und Staatsbewußtsein, die aus weltanschaulichen Einstellungen der meist aus oberflächlichen Zeitkrankheiten herrührt, ist untereinander. Staatsflucht ist Schwächung der Beamtenschaft, ist Verfindung am eigenen Fleiß und Mut; denn der Staat ist Volk geworden, und das Volk ist Staat geworden.

Der Staatsgedanke ringt zurzeit ernst um sein innerstes Wesen; es gibt eine Wirtschaftsethik, die sich bemüht, die ältere, allerdings stark gespaltene Staatsphilosophie zu erschüttern; sie will der Wirtschaft den Primat zuerkennen und mutet dem Staat eine Rückzugslinie zu, die sich auf die Funktionen des Rechtsstaates zurückzieht. Diese Auseinandersetzung zwischen Staat und Wirtschaft ist gleichzeitig ein Würfeln um das Beamtenschiedsal.

Der deutsche Staat muß Wirtschaftsethik und Kulturstaat bleiben. Nur so wird dem deutschen Staatsbegriff seine Würde und Geistigkeit gewahrt. Vornehmer Träger dieser Staatsauffassung soll das deutsche Beamtentum mit einem hochstehenden Berufsethos sein. Dieses ist das Wesentlichste zum kategorischen Imperativ der Pflicht und zu ersten sittlichen Bedingungen; eine persönliche Schöpfung der Beamtenschaft; ein Erzieherium und der Wille zum Staat. Das Verhältnis der Beamten zum Staat ist nicht bloß Arbeitsverhältnis, sondern darüber hinaus Inhalt einer hochentwickelten Pflichtethik, die den Gehalten einer staatsbildenden und staatsfördernden Treue in sich schließt.

Wenn das Beamtentum seine Berufsethik derart ernst und idealistisch ausstaltet, hat es ein Anrecht darauf, von seinen Berufstätigen vor ganz Deutschland zu sprechen. Dermal Spengler hat diese zweifelhafte Unterstellung. Andererseits würde es einen Prestigeverlust bedeuten, wenn die Beamtenschaft ökonomische Fragen mit einer gewissen Ausschließlichkeit behandelt und die berufsethischen Momente zurückdrängen würde. Ebenso muß sich das Beamtentum elastisch und aufnahmefähig für eine berufsethische Weiterentwicklung halten. Fortbildungsfragen sind eine Lebensfrage für das Beamtentum geworden. Die Beamtenschaft soll in eine innere Beziehung zur Wirtschaft treten. Staat und Wirtschaft sollen nicht nur Spannung sein; tief im Idealismus des Deutschen liegt der Gedanke an einen Ausgleich, an eine Harmonielehre dieser beiden Mächte. Staat und Wirtschaft sind, wie alle großen Kulturinstitutionen, auch erzieherische Mächte. So sind Wirtschaft und Beamtentum an sich keine inneren Gegensätze, sondern Worte und Energien, die sich wohl zu stützen und gegenseitig zu durchdringen vermögen. Es lag ein tiefer Sinn darin, daß 1922 eine Reichshaushaltsordnung geschaffen wurde, die den Begriff des rein formalistischen und bürokratischen Staats verließ, indem sie den Grundgedanken der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung erstmalig formuliert.

Das sind neue bedeutsame Antriebe für das Beamtentum und gleichzeitig eine Verankerung unseres gesamten deutschen kulturellen Lebens. Kulturphilosophisch gesehen soll das Beamtentum ringen um platonischen Ideenreue, aristotelische Sachlichkeit und Carles Persönlichkeitssinn. In allem sei es das Leitmotiv der deutschen Beamtentagung; Es soll auch in Zukunft eine Ehre sein, als deutscher Beamter im deutschen Staate zu stehen. Als weiterer Redner sprach Professor Dr. Hoffmann (Münster) über den „Staat zwischen Wirtschaft und Kultur“. Auch er lehnte alle Übergriffe der Wirtschaft gegenüber dem Staat und der Persönlichkeit als naturwidrig ab.

Die Neugestaltung der Lehrerbildung in Preußen

Wie der amtl. preuß. Pressedienst mitteilt, hat das Preuß. Staatsministerium in seiner Sitzung vom 7. Oktober über die künftige Gestaltung der Lehrerbildung Beschluß gefaßt. Nach diesem für die Entwicklung unseres Schulwesens grundlegenden Beschluß erhalten die Volksschullehrer und Lehrentinnen künftig ihre allgemeine wissenschaftliche Ausbildung auf den höheren Lehranstalten. Der Eintritt in die pädagogische Ausbildung setzt die Ablegung einer Reifeprüfung an einer neunstufigen höheren Lehranstalt oder einer Aufbauschule voraus; über die Gestaltung der pädagogischen Ausbildung im einzelnen, die nicht auf der Universität erfolgen wird und zweijährig gedacht ist, wird das Staatsministerium in naher Zeit weiteren Beschluß fassen.

Der Beamtenabbau im Reich

Über den vom 1. April bis 30. Juni 1924 erfolgten Abbau sowie über die in der gleichen Zeit erfolgten Neueinstellungen gibt das Reichsfinanzministerium eine Übersicht heraus, der wir u. a. folgendes entnehmen:
Bei den Reichsbehörden, einschließlich der Betriebsverwaltungen (Reichspost, Reichsbahn, Reichsbruderei) sind an planmäßigen Beamten in dem genannten Zeitraum 5654 entlassen worden, an außerplanmäßigen Beamten 1110, an Beamten im Vorbereitungsdienst 14. Demgegenüber sind in demselben Zeitraum neu eingestellt worden: 261 planmäßige Beamte, 101 außerplanmäßige Beamte, 10 Beamte im Vorbereitungsdienst. Von den 5654 entlassenen planmäßigen Beamten entfallen 25 auf Gehaltsgruppe I, 163 auf Gehaltsgruppe II, 882 auf Gruppe III, 988 auf Gruppe IV, 1406 auf Gruppe V, 944 auf Gruppe VI, 499 auf Gruppe VII, 807 auf VIII, 220 auf Gruppe IX, 143 auf Gruppe X, 56 auf Gruppe XI, 27 auf Gruppe XII, 13 auf Gruppe XIII, ein Beamter auf Einzelgehälter Gruppe II, zwei Beamte auf

Einzelgehälter Gruppe III. Bei den entlassenen außerplanmäßigen Beamten entfällt die Mehrzahl von rund 1000 auf Gruppe III und IV. Bei den Neueinstellungen handelt es sich in der Mehrzahl (233 von 261 Beamten) um Gehaltsgruppe V.

Von den im Reichsdienst befindlichen Angestellten sind in demselben Zeitraum 2615 entlassen und 610 neu eingestellt worden.

An Verwaltungs- und Betriebsarbeitern sind in dem genannten Zeitraum 3141 entlassen und 7192 neu eingestellt worden. Der Hauptteil der neu eingestellten Arbeiter entfällt nach der Denkschrift mit 4683 Betriebsarbeitern auf das Reichsverkehrsministerium (Abteilung für Wasserstraßen usw.).

Der Personalabbau in den Gemeinden

Der Ausschuß des preussischen Landtages für die Stadt- und Landgemeinverordnungen beschäftigte sich mit der von den Sozialdemokraten, Demokraten und dem Zentrum eingebrachten Novelle zur Personalabbauverordnung, wonach der Abbau eines Magistratsmitgliedes von der Zustimmung der Aufsichtsbehörde mit Wirkung vom 1. September ds. J. abhängig gemacht wird. Der Gesetzentwurf wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen.

Die deutsche Sozialversicherung

Einem längeren Aufsatz im Reichsarbeitsblatt ist zu entnehmen, daß die Sozialversicherung seit dem 1. Januar dieses Jahres wieder in vollem Gang ist und der Haushalt sich wieder im Gleichgewicht hält. Beim Währungsverfall verlor auch die Arbeiter- und Angestelltenversicherung den größten Teil des Vermögens, das in Wertpapieren und Hypothekensicherungen angelegt war. Aber die finanzielle Lage der einzelnen Versicherungszweige wird auf Grund zuverlässiger Feststellungen folgendes berichtet:

In den Krankenkassen sind 18 Millionen Versicherte, das ist fast der dritte Teil der deutschen Bevölkerung. Darunter sind zwei Drittel Männer und ein Drittel Frauen. Für den Versicherungsbedarf werden im Jahr 750 Millionen Goldmark aus Beiträgen erhoben. Die Durchschnittsausgabe auf den Kopf des Versicherten der großen Ortskrankenkassen beträgt 52 M. jährlich. Die Beiträge sind gegenwärtig höher als in Vorkriegszeiten. Damals wurden durchweg 4 v. H. des Bruttoeinkommens an Beiträgen erhoben, heute vielfach noch 6 bis 7 v. H. Trotzdem soll der Ertrag nicht höher als früher sein, was seine Erklärung in den niedrigen Löhnen finden dürfte. Zu den Leistungen ist neu die Familienwochenhilfe getreten. Sie wird jährlich in etwa 600 000 Fällen gewährt. Immer weiteren Boden gewinnt die Familienrentenpflege als freiwillige Mehrleistung der Krankenkassen. Die Verwaltungsausgaben sollen sich auf etwa 8 bis 10 v. H. der Gesamtausgaben belaufen.

Die Invalidenversicherung zählt 16 Millionen Versicherte, die meist auch der Krankenkasse angehören. Die Mittel für die Versicherung werden durch Wochenbeiträge aufgebracht. Der Durchschnitt beträgt 50 Pf. Das ganze Jahr soll ein Beitragsaufkommen ergeben von 390 Millionen Goldmark. Das Reich hat den Zuschuß zur Invalidenversicherung wieder auf Friedenshöhe gebracht. Es wendet dafür einen Betrag von 110 Millionen Goldmark auf. Gegen 1913 ist die Zahl der Rentempfänger mehr als verdoppelt. Gegenwärtig laufen 1,5 Millionen Invalidenrenten, 0,2 Millionen Witwen- und Waisenrenten und 1,25 Millionen Beihilfenrenten. Auf jeden Tag im Jahr trifft jetzt eine Rente von einer Million Goldmark.

Die Angestelltenversicherung ist am 1. Januar 1913 errichtet worden. Sie zählt heute etwa 1,6 Millionen Versicherte. Da die Wartezeit in der Angestelltenversicherung zehn Jahre beträgt, ist die Zahl der Rentempfänger noch verhältnismäßig gering. Die Leistungen der Angestelltenversicherung können deswegen schon aus diesem Grunde bedeutend höher sein als in der Vorkriegszeit. Der Beitragsüberschuss von 50 bis 60 Millionen Goldmark im Jahre kommt als langfristiger Kredit der Wirtschaft zugute.

Die Unfallversicherung schützt 24 Millionen Arbeiter, Angestellte und kleine Unternehmer und wendet gegenwärtig etwa 120 Millionen Goldmark im Jahre auf. Die Leistungen sind heute geringer als in der Vorkriegszeit. Eine Aufwertung in der früheren Form steht bevor. Es ist beabsichtigt, die Unfallversicherung auf Gastwirtschaften und Verkaufsgeschäfte auszudehnen und bestimmte Berufsrisiken dem Unfall gleichzustellen.

In den beteiligten Kreisen wird gegenwärtig lebhaft die Frage erörtert, ob die sozialen Versicherungsanstalten in ihrer heutigen Form aufrechterhalten oder den Versicherungsnehmern ganz in Selbstverwaltung übertragen werden sollen. Wenn an solche Änderungen auf absehbare Zeit auch noch nicht gedacht werden kann, so wird man den Stimmen aus den verschiedensten Kreisen doch Beachtung schenken müssen. Was vor allem notwendig erscheint, ist die Vereinheitlichung der verschiedenen Versicherungsformen, wobei der Aufbau auf beruflicher Grundlage noch die größte Anziehungskraft ausüben wird.

Mark = Mark — Aufwertung

Der Gedanke der Aufwertung ist gesicherter Besitz der Rechtsprechung geworden. Er gehört als allgemeiner Rechtsgedanke nicht nur dem Privatrecht, sondern auch dem öffentlichen Recht, also auch dem Beamtenrecht an (vgl. Urteil des Bayer. Verwaltungsgerichtshofes vom 28. Januar 1924 in der „Bayerischen Gemeinde- und Verwaltungszeitung“ S. 304). Der Satz „Mark ist gleich Mark“ ist endgültig als irreführend anerkannt worden. An seine Stelle ist die Erkenntnis getreten, daß Mark lediglich die Form für einen Wertinhalt ist, daß Leistung und Gegenleistung sich, wie von den Vertragsparteien vorausgesetzt wird, das Gleichgewicht halten müssen, das Treu und Glauben im Verkehr erfordern, dieses Gleichgewicht aufrechtzuerhalten ist, und daß bei Verfall der Papiermark eine neue Form für die Wertinhalte zu suchen ist. (Urteil des OLG. München vom 10. Juli 1924 — L. 1541/23 III.)

Weiterer Beamtenabbau in Osterreich

Generalkommissar Dr. Zimmermann besteht wie Etylod auf seinem Schein. Bundeskanzler Dr. Seipel erklärte, wie aus Wien gemeldet wird, am Samstag einer Beamtendeputation, daß zwischen der Regierung und dem Generalkommissar in der Frage des weiteren Beamtenabbaues Meinungsverschiedenheiten bestehen. Während die Regierung den Standpunkt vertrete, daß die Zahl der abzubauenen Beamten nicht unbedingt 100 000 erreichen müsse, ist Dr. Zimmermann der Auffassung, daß diese Zahl nach wie vor Geltung habe und daß dieser Forderung voll entsprochen werden müsse. Nur hinsichtlich der Frist könne ein Zugeständnis gemacht werden. Ursprünglich sollte die Zahl der abzubauenen Bundesangestellten von 100 000 am 1. Januar 1925 erreicht sein. Es würde nichts dagegen eingewendet werden, wenn dieser Termin hinausgeschoben würde. Die Vertreter der Beamtenschaft pflichteten dem Standpunkt der Regierung vollkommen bei, da er sich aus praktischen Erwägungen und Erfahrungen ergibt. Es sind noch ungefähr 28 000 Beamte abzubauen. Durch die Umwandlung der Salinen und Bundesforsten und der Domänen fallen etliche tausend Beamte weg. Einige weitere tausend Beamte werden noch bei der Post, dem Telegraphen- und Telefonbetrieb abgebaut; aber diese alle ergeben zusammen noch nicht die Zahl von 28 000.

Die Vertretung der österreichischen Beamtenschaft hat sich bereits mit der Forderung Dr. Zimmermanns beschäftigt. Der fünfundzwanzigköpfige Ausschuß der Bundesangestellten hat dem Generalkommissar Dr. Zimmermann erklärt, es habe den Anschein, als ob Dr. Zimmermann die Bundesangestellten herausfordern wolle. Wenn der Generalkommissar auf seiner Forderung bestehe, dann desavouiere er nicht nur die seinerzeit von der Regierung abgegebenen Erklärungen hinsichtlich des Beamtenabbaues, sondern er schaffe dadurch eine ganz unmögliche Situation. Am 31. Dezember 1924 werde das Beamtenabbaugesetz unwirksam. Vom 1. Januar 1925 angefangen, fehle dann dem Beamtenabbau die gesetzliche Unterlage. Wenn die Forderung des Generalkommissars durchgesetzt werde, dann würde der Abbau so lange durchgesetzt werden, bis die Zahl von 100 000 erreicht ist. Aber die Beamtenschaft würde dabei des notwendigen Schutzes entbehren, weil mit dem Erlöschen des Abbaugesetzes auch die Bestimmungen über den Schutz der Beamtenschaft außer Kraft gesetzt würden. Es würde damit der Protektion und Willkür Tür und Tor geöffnet werden. Nicht geringere Erregung rief die Mitteilung hervor, daß der Generalkommissar der Auffassung sei, daß die Beamten der Südbahn nicht in das Abbaufontingent der 100 000 abzubauenen Beamten einzurechnen seien. Es wurde betont, daß durch diese Auslegung des Generalkommissars sich der Rest der abzubauenen Bundesangestellten erhöhe. Aus all den erwähnten Gründen müßten die Bundesangestellten den Standpunkt des Generalkommissars in der Abbaufrage rundweg ablehnen.

Der französische Beamte und der Frank

Der französische Franc hat neuerdings Rückgänge erfahren und der Ausweis der Bank von Frankreich, der für die mit 10. Oktober endende Woche veröffentlicht wurde, zeigt eine Zunahme des Notenumlaufs um 114,568,120 Franken. Mit diesem Ansteigen wird die Preissteigerung erklärt, und umgekehrt hat die Preissteigerung zur Mehrausgabe von Noten geführt.

Es ist bereits kurz über einen Zwischenfall berichtet worden, der sich als ein erstes Vorpostengefecht zwischen der Regierung und ihren Beamten in dem Kampf der Beamten um höhere Gehälter erweist. Die Beamten des Finanzministeriums hatten gehört, es sei die Absicht der Regierung in ihrem Falle die Gehaltsfrage durch eine allgemeine Erhöhung um 1080 Franken, ohne Rücksicht auf Dienstgrad oder Dienstalter zu regeln. Sie entschlossen sich, dagegen zu protestieren; eine große Anzahl, darunter auch ältere Dienstgrade, begaben sich in das Vorzimmer des Finanzministers Clementel. Der Bürobeamte verschloß ihnen die Tür, doch unternahmen sie keinen Versuch, sich Eingang zu verschaffen, sondern sie begaben sich nach einem anderen Zimmer, wo sie Nebenhielten und eine Resolution annahmen. Der Führer dieser Deputation, Brun, Kontrolleur der indirekten Steuern des Seines-Departements, wurde seines Postens enthoben. Die Preissteigerungen gehen jedoch weiter und außer den Regierungsbeamten machen auch die freiw. Eisenbahner, die eingestellt wurden, um die Eisenbahnen an der Ruhr und im Rheinland für die Regie zu betreiben, der Regierung Sorge. Sie kommen jetzt zurück und wollen anderweitige Beschäftigung haben. Es sind ihrer mehrere Tausende und die Eisenbahngesellschaften können sie nicht alle aufnehmen. Herriot hat ihnen erklärt, daß sich die Regierung nicht als für sie verantwortlich betrachten könne.

Warnung vor Auswanderung in die Türkei

Das Deutsche Auslandsinstitut erhält soeben von einwandfreier Seite über die Berufsaussichten in der Türkei nachstehende Mitteilungen:

Der jetzige Zeitpunkt für eine Auswanderung nach der Türkei ist denkbar ungünstig. Entgegen der vielfach verbreiteten, aber irrigen Ansicht über die Arbeitsverhältnisse sind offene Stellen nicht zu finden. Infolge einer scharfen und anhaltenden Wirtschaftskrise sind die Handelsfirmen und Banken zur Einschränkung ihres Personals gezwungen. Industrielle und technische Unternehmungen gibt es nur in ganz geringer Zahl; auch bei ihnen droht der Betrieb. Die ausländischen Konzeptionsunternehmungen, z. B. für den Bau und Betrieb von Eisenbahnen, werden neuerdings nur unter der Bedingung zugelassen, daß sie lediglich Türken anstellen. Die Nachrichten über projektierte Städtebauarbeiten sind im allgemeinen verfrüht. Auch werden diese Arbeiten, wenn überhaupt, in der Hauptsache durch einheimische Kräfte ausgeführt; fremde Spezialisten werden dazu nur in besonderen Einzelfällen herangezogen. Zahlreiche Deutsche der verschiedensten Berufe sind, in der Hoffnung, Arbeit zu finden, hierher gekommen sind, oft unter Aufgabe fester Stellen in Deutschland oder in anderen Ländern, können trotz wochenlangem Stellungsuche keine Arbeit finden und leiden bittere Not. Trotz voller Würdigung der auch in Deutschland bestehenden Schwierigkeiten muß daher dringend von einer Auswanderung nach der Türkei abgeraten werden.

Was der Beamte für Familie u. Haushalt benötigt

Aretz & Cie. Inhaber: A. Fackler
Kaiserstraße 215 Telefon 219
Spezialhaus in Gummiwaren und Linoleum
Gummischuhe, Herren- und Damen-Gummi-
Mäntel, Wachs- Tischdecken, Läufer,
Wandschoner, Linoleum, Stückware, Teppiche
und Läufer, Gummi-Spielwaren 69339

RICH. KITTEL
Uhren, Gold- und Silber-Waren
KARLSRUHE i. B., Am Stadtgarten Nr. 1
Am neuen Hauptbahnhof :: Telefon Nr. 2540
Größtes Lager am Platze in

Aretz & Cie. Inhaber: A. Fackler
Kaiserstraße 215 Telefon 219
Abteilung I: Sämtliche Gummiwaren und Krankenpflegartikel,
Gummikurzwaren, Damenbed. Hygienische Artikel, Herrenbed.
Abteilung II: Technische Gummi- und Asbestwaren, Treib-
riemenlager und Bedarfsartikel für Maschinenbetrieb,
Großverkauf. Kleinverkauf.

JEDER BEAMTE
deckt seinen Bedarf in **Lebensmitteln**,
sowie **Wäsche- und Putzmitteln** am
vorteilhaftesten bei

B. Rau, Großhandlung, Karlsruhe
Bürgerstraße 6 Telefon 1629
Behörden erhalten Vorzugspreise

Mehle & Schlegel
Kaiserstraße 124b Karlsruhe Kaiserstraße 124b
Kleiderstoffe = Seidenstoffe = Samt
Anzugstoffe = Baumwollstoffe
Geschmackvolle Auswahl (69338) Mäßige Preise
Teilzahlung gerne gestattet

Färberei u. chem. Waschanstalt
Telefon 1953 **D. Lasch** Telefon 1953
reinigt und färbt alle in diesem Fach einschlagende Gegenstände
Prompte Bedienung Mäßige Preise 69340

HAUS-UHREN
mit 1/2, 3/4 u. 4/4 Schlagwerken bis zu 12 Gong.
Spielwerke 69308
Westminster Whittington
Roh und alle Beitzöne vorhanden.
Versäumen Sie nicht, meine Ausstellungs-Räume
zu besichtigen. Einzig in ihrer Art, sämtliche
Werke sind im Gang zu sehen.
Kein Kaufzwang!
Versand nach allen Plätzen unter Garantie.
Reparatur-Werkstätte.
Teilzahlung gestattet.

Spezialhaus in 69325
Herren- u. Damenkleiderstoffe
Seidenstoffe Aussteuerartikel
Wilh. Braunagel
Herrenstr. 7 Herrenstr. 7
zwischen Kaiserstraße und Schloßplatz.

Spenglers Geschichts-Philosophie
Eine Kritik
Von
Prof. Dr. KARL SCHÜCK
Preis M. — 75
Am deutlichsten hat ihn bis jetzt wohl KARL SCHÜCK
formuliert. (Hochland.)
Schück berücksichtigt auch den 2. Band vom Untergang des
Abendlandes.

Verlag G. Braun, Karlsruhe i. B.
Karlsruherstraße 14.

Bezugsquellen für den Bedarf der Behörden

Triumph-Schreibmaschinen
ein Meisterwerk
deutscher Präzisionsarbeit
der Triumph-Werke A. G. Nürnberg
Georg Mappes
Karlsruhe 69345
Telephon 2264 Karlsruherstr. 20

Uniformen für Polizei- u. Gemeindefunktionäre, Feuerwehrkorps,
Zoll- u. Finanzbeamte, Eisen- u. Straßenbahnen,
Feld- u. Waldwälder, sowie Berufskleidungen jed. Art
Albert Hilbert, G. m. b. H., Rastatt
Süddeutsche Bekleidungs-Industrie
Filiale: Ludwigshafen a. Rhein, Bismarckstraße 40.

GEBRÜDER BACHERT
KARLSRUHE i. B.
Liststr. 5 Tel. 443 69334
Glocken- und Metallgiesserei
Eisen- und Tempergiesserei

29. Hauptversammlung des Bundes deutscher Bodenreformer

An der durch ihre Geschichte, ihre Bauwerke und ihre landschaftliche Eigenart hervorragenden schönen Stadt Rieneburg trat in diesem Jahre der Bund deutscher Bodenreformer zu seiner 29. Hauptversammlung zusammen. Bei seiner Eröffnung wurde er begrüßt durch Reichspräsident Dr. Brüning, der darauf hinwies, zu welcher großen Volkseigenart die Bodenreform angewachsen ist. Der Vertreter der Stadt Rieneburg konnte deren Vorbildliche Arbeit auf dem Gebiete der Siedlungs- und Wohnwesens aufzeigen. Aus diesen und den weiter nach folgenden Begrüßungen z. B. des Landkreises Rieneburg, der Kirche, der Beamtenschaft usw., aus allen Klängen die enge Verbindung der Bodenreform mit der für unser deutsches Volk so nötigen Aufzucht der Jugend. Ein Vertreter des bulgarischen Bauernbundes hob die Bedeutung der deutschen Bodenreformarbeit für die Entwicklung der Bodenreformbewegung in Bulgarien hervor.

Aber die Arbeit des Bundes im letzten Jahre gab der Führer der Bewegung, Dr. Damaskos, einen ausführlichen Bericht. Er wies u. a. darauf hin, wie sehr gerade in der Gegenwart der Grund und Boden dem deutschen Volke eine starke Quelle der Hilfe ist. Dies beweist die Festigkeit der deutschen Rentenmark, für die ja der deutsche Boden die Grundlage bildet, ferner die Rentenversicherungsverordnung des Reiches, die die Härten des Personalabbaus mildert und viele wieder mit dem Boden, der Quelle alles Lebens, verbindet. Aber die günstige Auswirkung der Rentenversicherungsverordnung des Reiches im Einzelnen berichtete Zubahn, der Leiter des Heimstättenamtes der deutschen Beamtenschaft. 1547 Heimstätten sind auf dieser Grundlage bereits begonnen. Die Ausdehnung der Rentenversicherungsverordnung auf die aktiven Beamten, sowie die Herbeiführung ähnlicher Bestimmungen für alle anderen Volksteile wird dringend gefordert. Im weiteren sprach Vertreter Berlin über „Arbeitswissenschaft und Bodenreform“, ferner Studientrat Schütte-Rieneburg über die Rieneburger Kolonisationsarbeit. Ein Vortrag des Landtagsabgeordneten Wetzlar-Barmherz zeigte die dringende Notwendigkeit, durch Subventionierung des hierfür geeigneten Landes — in Deutschland 3 Millionen Hektar — die Ernährung des deutschen Volkes zu sichern. Den Höhepunkt der Tagung bildete der Vortrag Damaskos über „Bauerntum und Bodenreform“. Seine Ausführungen wurden in folgende, mit lebhaftem Beifall begrüßte Entschließung zusammengefaßt:

Der Bund deutscher Bodenreformer betont von neuem seinen stets eingetragenen Standpunkt: Ohne eine gesunde Landwirtschaft ist kein Neuanfang unseres Volkes möglich! Jedes Volk hat nur einen Neuanfang. Ihn zu erhalten und zu vermehren bedeutet zugleich, unerlässliche Quellen förderlicher und stützender Kraft unserm Volkstum sichern.

Während sehr viele Kreise unseres Volkes ihr Vermögen in Form von Reichs-, Staats- und Gemeindeforderungen, Hypotheken usw. fast völlig verloren haben, hat die Landwirtschaft ihr Vermögen in Grund und Boden erhalten, ja es durch Abfassung von Hypotheken wesentlich erhöhen können. Trotzdem befinden sich große Kreise der schaffenden Landwirtschaft in Not. Jede Hilfe für sie umschließt die Gefahr, zugleich den Preis des Bodens zu erhöhen, auf dem die Arbeit zu verrichten ist. Jede Bodenpreissteigerung setzt sich spätestens beim nächsten Wertewechsel, Verkauf oder Erbgang in erhöhte Schuldenlast um. Eine gefährliche Erschwerung für jede Arbeit. Deshalb erscheint als Vorbedingung jeder bauernden Hilfe, daß ein Steigen für die Grundrente möglichst vermieden, und soweit es nicht vermeidbar ist, für die Beamtenschaft nutzbar gemacht wird.

Von solchen Grundgedanken aus stellt der Bund deutscher Bodenreformer folgende 10 Gebote auf:

1. Eine unbegreiflichermaßen immer noch fehlende Aufnahme über die Verteilung des Eigentumsrechts am deutschen Boden.
 2. Eine Einschätzung des Wertes des deutschen Bodens mit Hilfe der Selbstschätzung, die der Öffentlichkeit zugänglich sein muß. Dabei ist alles, was durch Arbeits- oder Kapitalaufwendung des Besitzers erzeugt ist, wie Verbesserungen, Anbaufähigkeiten aller Art, abzuziehen.
 3. Eine Steuer auf den nackten Bodenwert, die das Arbeitsland der Bauern, Parzellenerbhaber und Pächter schon, den großen Renten-Landwirten gerecht erfährt.
 4. Eine Ersetzung aller anderen Steuern für den schaffenden Landwirt durch diese reine Grundrentsteuer.
 5. Eine Grundrentsteuer, die bei jedem Besitzwechsel die unveränderte Steigerung der Grundrente erfährt. Ihre Erträge sind in erster Reihe für die Errichtung von Wohn- und Wirtschaftshäusern zu verwenden.
 6. Der Steuerwert des Bodens bildet die Grundlage der Entschädigung, wenn Land für öffentliche Zwecke erworben werden muß, insbesondere auch bei Aufgabe von Siedlungsland durch den Großgrundbesitz.
 7. Der Steuerwert gilt als Grundlage für eine gerechte Bemessung der Pacht. Daneben ist der Pachtzins zu erhalten und auszubauen.
 8. Der Steuerwert des Bodens bestimmt die Höhe der Verschuldungsgrenze, die einer erneuten Überschuldung unserer Landwirtschaft vorbeugen muß.
 9. Die Sparkraft des Volkes ist für die Belebung des Bodens zu organisieren. Zur Verhütung der mit der Kreditgewährung für die Landwirtschaft verbundenen Gefahren soll die Ausgabe von Hypotheken, Pfandbriefen zu diesem Zwecke öffentlich-rechtlichen oder gemeinnützigen Anstalten vorbehalten sein. Der Landwirtschaft, insbesondere den kleinen Landwirten, sollen für alle Verbesserungen des Bodens, für alle Unterstützung der Arbeit, billige, unkündbare Tilgungshypotheken erschlossen werden.
 10. Der öffentliche Grundbesitz ist planmäßig zu vermehren, damit Landarbeiter, Kleinbauernsöhne usw. durch Zuzugung von öffentlichen Land auch ohne Kapital auf der sozialen Stufenleiter aufwärts steigen können.
- Nur die entschlossene Durchführung dieser Bodenreformgrundsätze wird verhindern, daß der deutsche Boden, die Grundlage alles nationalen Seins, der Gefahr als Ware behält, daß es früher oder später in die Gewalt des in- und ausländischen Spekulationskapitals fallen könnte.
- Deutsches Volk und deutsches Vaterland organisch zu verbinden, das ist das große Ziel, dem in Stadt und Land entschlossen zuzustreben, wer an deutsche Zukunft glaubt.
- Eine große öffentliche Versammlung mit Vorträgen von Dr. Brüning über „Volksgeld und Bodenreform“, Stadtrat Müllers, Frankfurt (Oder) über „Die Arbeit einer bodenreformtätigen Gemeinde“ und Geheimrat Justizrat Dr. Esmann, Minister über „Das neue Bodenrecht“, schloß die bedeutungsvolle Tagung. Eine gemeinsame Fabel nach dem Naturjubiläum von Müllers gab den Teilnehmern einen Einblick in die Naturwissenschaften der Rieneburger Heide.

Zeitschriftenschau
Die Kunst. Monatshefte für freie und angewandte Kunst. (Vierteljährlich 6 Mk. Verlag F. Viewegmann, L. G., Rieneburg.) — War es stets eine besondere Freude, diesen wunderbar illustrierten Hefen zu begegnen, so eracien wir es heute, da die prächtige Zeitschrift ihren Jubiläumsgang, den 25. abgeschlossen hat als unsere besondere Pflicht, auf die ebenfalls

schöne wie verdienstvolle Zeitschrift hinzuweisen. Die „Kunst“ hat während dieser Zeit weit über das deutsche Sprachgebiet hinaus auch große internationale Bedeutung gewonnen und so in hervorragender Weise für die Anerkennung und Kenntnis deutscher Kunst und deutschen Kunstgewerbes im Ausland gewirkt. Was in diesen 25 Jahren die zeitgenössische bildende Kunst auf all ihren verschiedenen Gebieten, wie Malerei, Plastik, Graphik, Wohnungskunst, Architektur, Kunstgewerbe aller Art an Schöpfungen und Wandlungen erfahren hat, ist in den 25 Jahrgängen der „Kunst“ wie in einem sich vor unseren Augen abrollenden köstlichen Spiegelbild aufgefangen und für alle Zeiten festgehalten. Aber nicht nur das, was sie uns damit gab, sondern auch durch die unübertreffliche Form, in der sie es tat, ist diese Zeitschrift zu einem Dokument deutscher Kultur und deutschen Kunstfleißes von größter Eintragsfähigkeit und Kraft geworden. Fülle und Glanz des Wilderleits, unübersehbare Orientierung über den Gesamtstand der bildenden Künste, völlige Freiheit von einseitigen Tendenzen und allem Engherzigem, Ernst und Gediegenheit der zeitlichen Darstellungen, was aus der „Kunst“ einen künstlerischen Sammelort, so herrlichen wie das Oktoberfest, das den 25. Jahrgang eröffnet, und erwachsen aus dem reichem Inhalt für: Reich illustrierte Aufsätze über die Malereien Caspar David Friedrichs und Kay Nebels sowie über Kunst Schumann mit ihren überaus zarten und innigen plastischen Bildern. Ferner eine Veröffentlichung über die deutsche Musikentwicklung der Gegenwart, deren Bruch durch eine glänzende farbige Wiedergabe und eine Reihe Textabbildungen gezeigt wird. Dann folgt eine Publikation über die mühseligen Anlagen von Industrie- und Wohngebäuden, über Dorfanlagen und Innenräume der bekannten Papierfabrik Scheufelen, Oberkochen.

Neue Kunst-Zeitung. (Verlag von Carl Grüniger Nachf. Ernst Alet, Stuttgart.) Aus der Fülle des Materials der uns vorliegenden Hefte sei in Heft 9 ein Aufsatz Hermanns „Wayreuth und wir“ hervorgehoben, in dem vor einer zu engen Begrenzung Wayreuths gewarnt wird; ein Aufsatz „Verteilung und Monogamie“ von Hans Schimann, dem Verfasser des in der Radwelt sehr beachteten Wertes „Monogamie“; ferner ein Aufsatz mit beachtlichen Gedanken über die nationalsozialistische Volkserziehung, Anstößen aus dem Leben Kleines u. a. In Heft 12 weist Kon Weis die „Reinheitspflicht“ einer engeren Verbindung von Künstler und Kritiker in sehr einleuchtender Weise nach, der bekannte feierwürdiger Komponist Robert Schumann bringt wertvolle Gedanken „Aus einer Harmonielehre“, Ernst Weiß-Mann würdigt Gerhard von Kempfer, Hugo Holle gibt seine Eindrücke vom 4. Donaueschinger Kammermusikfest wieder. Heft 11 ist als Brudner-Sonderheft (mit reichem Bilderanhang) erschienen; es vereinigt die Namen der bedeutendsten Brudner-Forscher und besten Brudner-Kenner in sich: wie Prof. Dr. Ernst Kurth (Brudner und die Moderne), Dr. Emil Schwegel (zu Anton Brudners 100. Geburtstag), August Palm (Chronik und Tonalität), Emil Reichsmaier (Brudners Wesen im Spiegel seiner Symphonien), daneben kleinere Aufsätze über das Brudner-Schaffen, über Brudners keine geistlichen Chorwerke u. a. In Heft 12 findet sich noch ein schöner Nachklang zum Brudner-Fest, ein Aufsatz des Brudner- und Liszt-Schülers August Strobel, Brudners Verhältnis zu seinen Vorgängern und Zeitgenossen. Daneben enthalten die Hefte zahlreiche kleinere Artikel, Berichte, Nachrichten aus dem Kunstleben, Bildmaterial und nicht zu vergessen, ganz ausgezeichnete Musikbeilagen gediegener, erster Art mit Liedern, Klavierstücken usw. zeitgenössischer Komponisten.

Erpedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14.
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Bezugspreis: In Karlsruher
Erpedition: Briefe und
Anzeigen sind direkt an die
Erpedition zu richten und
sind unserer Expedition, bei
unverlangter Druckkosten

Am...

Einreichung der...
Mit dem 30. Sep...
der Steuerpflichtigen, d...
dern verpflichtet sind, d...
bestimmten Voraussetzungen
möglichst abgelaufen.
mandatgesellschaften auf
schränkter Haftung und
seitig brauchen, jenseit...
lenderjahr übereinstimm...
bis zum 30. November
Mit Rücksicht auf die E...
die Unklarheit, die d...
die geltenden Einreichun...
sind die Finanzämter d...
stern der Finanzen ang...
angung von Ordnungstraf...
sowie von der Erzwing...
erlegung von Geldstraf...
siedt sich jedoch für jed...
30. September 1924 sei...
den Finanzamt noch
hierzu verpflichtet war,
Verlängerung der Einr...
anzämter sind ermäch...
geben; in der Regel w...
rung bis spätestens 30...
andern begründeten A...
streckung der Frist bis

Reichsregieru...

Nach...
Die demokratische Frakti...
klärung über ihre Stellung...
das Zentrum verlangt...
haltung gemacht hat. Die...
tion ist ablehnend. Die...
Recht gefordert wurde, h...
„Die demokratische Fr...
genwärtige Kritik ohne...
schwerwiegende Gründe...
tung der jetzigen Regi...
die Pflicht, sich von i...
Fortführung der bisher...
zu lassen, und darh...
warren der Reichstags...
entschlüssen vermag d...
terung der Regierung...
wertung zu bedenken.“

Der Vorstand der Zentr...
mit dem Beschluß der Dem...
Erweiterung der Regi...
um 1/3 Uhr verammelt, ob...
er sich seine Beratung...
die Besprechung der Reali...
am Mittwoch abend ausge...
tagt worden.

In der Fraktionsfähig...
lan zum Ausdruck, daß...
ihre Haltung zu ändern. E...
lungen die anderen Frakti...

Berlin, 16. Okt. Mehrere...
frischen Fraktionsbeschlusses...
Wert in der Frage der Reg...
proben worden sei. Die...
gab die deutschnationalen...
zum Reichstagsleiter geben...
erklärt, in rechtsgerichteten...
sichtlich an, daß das Zentr...
Deutschnationalen auch ohne...
kräften in eine Koalition ge...
regierung zu treten, vielm...
gen, vor allem in der Aufhe...
unterstützen würden. Auch...
nationalistische Partei der nach...
Schwierigkeiten bereiten mü...
ter der Stanzerschaft von M...
her bewegen sollte.

Reichstag und...
Reichstages stimmte die Re...
Auslegung des Artikels 54...
Vorliegenden Abg. Dr. Kohl...
tages in die Amtsführung...
setzen sei, bis ein vom Reich...